



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

+++ Ex-Bürgermeister +++ HSH +++ SAGA +++ Wohnungsbau +++ Parlamentsanfragen +++ Kulturtipps +++

Rücktritts-Republik: Auch Ole von Beust geht



Der erste Bürgermeister der Stadt hat seinen Rücktritt erklärt. Gleichzeitig votierte beim Volksentscheid eine Mehrheit der BürgerInnen, die an der Abstimmung teilgenommen haben, gegen die Einführung der sechsjährigen Primarschule. Die Wahlbeteiligung war mit knapp 39% für eine Volksabstimmung in den Ferien beachtlich; die Reformgegner haben eine deutliche Mehrheit und das notwendige Quorum überschritten, sodass die Primarschule gestoppt ist. Mit dem Scheitern dieses Reformprojektes und dem Ausscheiden des Bürgermeisters von Beust ist in Hamburg sowohl gesellschaftlich als auch politisch eine unübersichtliche Konstellation entstanden.

Ole von Beust hatte den Kurs mit großer Zustimmung der CDU für die Periode bis 2012 folgendermaßen abgesteckt: Ziel sei, die Neuverschuldung auf Null zu bringen, Rücklagen zu bilden und Schulden zu tilgen. Außerdem sollte die Elbvertiefung so schnell wie möglich vorangetrieben werden. Im Hinblick auf das von den Grünen angestrebte eingliedrige Schul-

system sagte von Beust vor der Wahl im Februar 2008: Eine Abschaffung des Gymnasiums werde es mit der CDU nicht geben. Außer dem Kraftwerk Moorburg, der auf den Weg gebrachten Elbvertiefung, der Billigung von Studiengebühren und der letztlich erfolgreichen Verteidigung eines überholten Schulsystems haben die Grünen nur zwei gute Jahre für reichliches Geldausgeben gesorgt. Eine beeindruckende Bilanz.

Die GAL hat bei der Regierungsbildung mit Blick auf die Primarschule viele politische Kröten geschluckt – das Scheitern der gesamten Regierungskonzeption betrifft auch die GAL, die sich freilich für die weitere Perspektive bedeckt hält. Erst gegen Ende der Ferien werden wir wissen, ob die GAL auch den Wechsel von einer liberalen und großzügigen Verschwendungs- und Leuchtturmpolitik hin zu Austerität und Härte mitmacht.

Für den Rücktritt des ersten Bürgermeisters waren sicher mehrere Faktoren ausschlaggebend: Es mag wohl sein, dass auch von Beust nach neun Jahren vom Regierungs- und Po-

litikgeschäft genug hatte und keine Chancen für eine weitere Regierungsperiode sah. Aber diese berechtigte Lust auf Neues ist vor dem Hintergrund der in der letzten Zeit enorm angewachsenen politischen Probleme zu sehen: Sie betreffen erstens die Schwierigkeiten im bürgerlichen Lager sich auf eine Reformagenda (nicht nur) im Bildungsbereich zu verständigen; zweitens sicherlich die Niederlage beim Volkstentscheid. Drittens aber ist dem mit viel Schwung angetretenen schwarz-grünen Regierungsbündnis vor dem Hintergrund der schweren und anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise die Luft ausgegangen, erschöpft sich seine Politik mehr und mehr in perspektivloser Mängelverwaltung.

Schwarz-Grün war angetreten mit der Vorstellung, über eine Modernisierung des Bildungssystems, eine verbesserte Integrationspolitik sowie eine engere Verzahnung von Ökologie und Ökonomie die Stadt zu einer modernen Metropole auszubauen. Mit der Wirtschaftskrise ist die Vision des schwarz-grünen Senats eines »Wachsens mit Weitsicht« gescheitert. Wir erleben Koalitionäre, die angesichts einer dramatischen Haushaltslage das Ende der »kreativen Buchhaltung« ausrufen, den Ausweg aus der katastrophalen Finanzsituation der Stadt aber nur im Übergang zu einer drastischen, sozial einseitigen Sparpolitik sehen. Die Haushaltslage zwingt sie überdies dazu, sich jetzt endlich von einigen Leuchtturmprojekten (Doppelrennbahn Horn, Uni-Umzug) zu verabschieden, ohne dass dies von einem grundsätzlichen Überdenken der bisherigen Politik begleitet würde. Aus dem »Wachsen mit Weitsicht« ist so ein »Sparen mit Kurzsicht« geworden.

In Hamburg nimmt der Übergang zu einer Ära des Rotstiftes groteske Züge an. Der Finanzsenator habe nach der Mai-steuerschätzung einen schonungslosen Kassensturz gemacht und die mittelfristige Finanzplanung noch einmal überprüft. Ergebnis: Hamburg habe »jahrelang über seine Verhältnisse gelebt«. Die gesellschaftliche Wirklichkeit hat den schwarz-grünen Senat in den letzten Monaten im Wochenrhythmus zu Korrekturen seiner Finanzplanung gezwungen und zerrt damit die mangelnde Seriosität und Konzeptionslosigkeit seiner Haushaltspolitik ans Licht der Öffentlichkeit. So hat der Senat noch kurz vor Ferienbeginn bei der Bürgerschaft Änderungen am Haushaltsplan 2010 beantragt. Es ging um 260 Mio. Euro Mehrausgaben – vor allem, weil die sozialen Folgekosten der Krise unterschätzt wurden. Denn der Hauptbrocken der beantragten Mehrausgaben entfällt dabei mit 156 Mio. Euro auf soziale Leistungen. So müssen für die Kosten der Unterkunft nach SGB II (Hartz IV) 45 Mio. Euro mehr ausgegeben werden als geplant – wegen steigender Mietkosten und höherer Fallzahlen, sprich Menschen, die infolge der Krise auf diese Sozialleistungen angewiesen sind. Der Mehrbedarf der Position »Sozialhilfe einschl. Blindengeld« steigt insgesamt um 95 Mio. Euro. Auch bei den gesetzlichen Leistungen nach SGB VIII (Hilfen zur Erziehung etc.) werden Mehrbedarfe in Höhe von 53 Mio. Euro geltend gemacht.

Die Freie und Hansestadt Hamburg steht vor gigantischen Problemen: In den nächsten Jahren fehlen gut 500 Mio. Euro. Die Zeit der kreativen Bilanzierung – von Peiner und Freytag zur Perfektion gebracht – soll nun endgültig vorbei sein, hatte

der Bürgermeister versprochen. Das neue Motto: »Die Akzeptanz zum Sparen vom Bürger bekommen wir nur, wenn wir die volle Wahrheit sagen.« Die Wahrheit zu sagen und einen brutalen Kürzungskurs durchzusetzen, überlässt von Beust nun seinem Nachfolger. Der wird aller Voraussicht nach Christoph Ahlhaus heißen und hat einen Ruf als konservativer Hardliner zu verlieren.

Die Vorstellung, man könne sich mit drastischen Gebührenerhöhungen, Beschneidungen der Leistungen für die BürgerInnen und Personalabbau bzw. Kürzungen bei den Einkommen der Beschäftigten aus der Krise herauskatapultieren, ist illusionär. In den nächsten Jahren Beträge von 500 Mio. bis 1.000 Mio. Euro im Betriebshaushalt kürzen zu wollen, ist sozial- und wirtschaftspolitisch ein Katastrophenkurs. Er führt zudem zu weiterer Verschärfung sozialer Ungleichheit und einer Erosion des Wohlfahrtsstaates. Erreicht wird außerdem eine Beschädigung der Hamburger Wirtschaft – u.a. mit der Folge weiter sinkender Steuereinnahmen. Außerdem wird durch ein solches Vorgehen der Vertrauensverlust gegenüber der Politik weiter verstärkt.

DIE LINKE fordert statt konzeptionsloser Sparpolitik neue Prioritäten bei den Ausgaben. Dazu gehört im ersten Schritt die Überprüfung aller Investitionsvorhaben, insbesondere der für die Leuchtturmprojekte. Durch Umschichtung lassen sich dann Mittel freisetzen für strukturpolitische Maßnahmen, um die Hamburger Wirtschaft in Richtung einer solidarischen Dienstleistungsökonomie umzubauen. Durch einen solchen Umbau werden die regionalen Wirtschaftskreisläufe gestärkt, was wiederum u.a. zu steigenden Steuereinnahmen führt. Kurzfristig kann Hamburg seine Einnahmesituation durch eine Effektivierung des Steuervollzugs verbessern. Ein Ausweg aus der strukturellen Defizitsituation und damit aus der Schuldenfalle unterstellt allerdings eine drastische Veränderung der Steuergesetzgebung auf Bundesebene. Ein gutes Angebot von öffentlichen Dienstleistungen zu akzeptablen Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen erfordert eine deutliche Verbesserung der Einnahmesituation für die Kommunen und die Bundesländer. Wenn wirklich die Konsequenzen aus der fatalen Steuersenkungspolitik der letzten Jahrzehnte gezogen werden sollen, dann muss sich auch in Berlin für einen Kurswechsel eingesetzt werden. Allein durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer könnten die Einnahmen der Stadt jährlich um 1-2 Mrd. Euro verbessert werden.

Dafür müssen politische Mehrheiten organisiert und der gesellschaftliche Druck in der Stadt erhöht werden. Neue Aktivitäten wie die der Volksinitiative »Unser Hamburg – Unser Netz« (www.unser-netz-hamburg.de, getragen von Attac, BUND, Diakoniewerk des Ev. Luth. Kirchenkreises Hamburg-Ost, Initiative Moorburgtrasse stoppen, ROBIN WOOD, Verbraucherzentrale) und der Volksinitiative »Die Stadt gehört uns – Keine Privatisierung gegen den Bürgerwillen« (im Wesentlichen bisher getragen von ver.di; siehe auch www.hamburg.verdi.de) sind sicherlich ein wichtiger Ansporn. Allerdings sollten wir darauf achten, dass wir die Kräfte des Widerstandes und die Potenziale für eine alternative Stadtentwicklung sinnvoll bündeln.

Bewährungs-Knast auch für HSH Banker?



IKB-Banker Stefan Ortseifen vor Gericht

Die Verurteilung des ehemaligen Chefs der IKB-Bank Stefan Ortseifen wirft ein charakteristisches Bild auf die politisch-juristische Aufarbeitung der Finanzkrise in Deutschland. Es gibt etliche parlamentarische Untersuchungsausschüsse, etliche staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren und zahlreiche Prüfungen von Banken, ob sie von ihren früheren Führungskräften Schadensersatz für die verzockten Milliarden zivilrechtlich einfordern können.

Fast zwei Jahre sind seit dem Zusammenbruch der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers vergangen. Mit gigantischen Summen hat der deutsche Staat Banken gerettet. Moralisch ist seit langem klar, wo die Schuldigen für dieses Debakel zu suchen sind: In den Vorstandsetagen der Banken und bei einem Teil der beteiligten Politiker. Doch juristisch ist vor allem in Deutschland wenig passiert.

Bei einem Teil der Finanzinstitute, die tief in die Bankenkrise verstrickt sind, sehen wir eine neue Qualität kriminellen Handelns. Es gibt viele, die behaupten, eine »Straftat Finanzkrise« gebe es gar nicht, und warnen vor einer »Hexenjagd«, bei der es darum gehe, Sündenböcke zu präsentieren. Der Versuch, den ökonomischen Tsunami für einzelne Verantwortliche in eine Strafbarkeit zu pressen, werde scheitern. Auch in Hamburg geht es immer noch um die Auseinandersetzung, ob die Führungscrew der HSH Nordbank und Teile

des Aufsichtsrates die Konsequenzen für ihre damalige Geschäftspolitik übernehmen müssen.

Die politisch-juristische Aufarbeitung der Finanzkrise ist eine Herausforderung an den Rechtsstaat. Und diese Auseinandersetzung ist noch nicht abgeschlossen, wie das Beispiel des Bankmanagers Ortseifen deutlich macht. Die Materie ist ausgesprochen kompliziert. Die Staatsanwaltschaften in Hamburg, München, Stuttgart, Leipzig und Düsseldorf gehen verschiedenen Vorwürfen nach, darunter Kursmanipulation und unrichtige Darstellung. Im Kern geht es aber um den Vorwurf der Untreue. Ihren ursprünglichen Untreuevorwurf allerdings, nämlich den im Zusammenhang mit den dramatischen Wertpapierverlusten, die zum Beinahe-Untergang der IKB-Bank führten, haben die Düsseldorfer Ermittler schon vergangenes Jahr beerdigt. Mangels Beweismaterial. »Die wesentlichen Vorwürfe, die man im Zusammenhang mit der IKB machen kann, werden nicht verfolgt«, lautet deshalb das nüchterne Fazit des Hamburger Rechtsanwalts Gerhard Strate. »Absolut hasenfüßig«, nennt er die Düsseldorfer Anklage.

Auf den ersten Blick scheint die Sachlage tatsächlich ziemlich klar. Die IKB, ein 1.800-Mann-Betrieb, der sich eigentlich der eher langweiligen Mittelstandsfinanzierung widmete, hatte über eine geschickte Konstruktion mit gigantischen

Summen gezockt: Über Zweckgesellschaften wie die Rhineland Fund, die völlig spurlos außerhalb der Bilanz operieren können, hatte die IKB etwa so genannte Asset Backed Securities (ABS) gekauft, also Finanzvehikel, mit denen Banken ihre Kredite beziehungsweise das damit verbundene Risiko weiterverkaufen. Doch die Risikoanlagen waren noch nicht alles: Die ABS mit ihrer langen Laufzeit wurden wiederum mit kurzfristigen Finanzgeschäften refinanziert – alle 60 bis 90 Tage aufs Neue. »Aus kurz mach lang« nennen Experten solche Fristentransaktionsgeschäfte an den Märkten. Sie bringen satte Zinsgewinne.

Wenn allerdings kurzfristig kein Geld mehr aufzutreiben ist, weil der Markt plötzlich misstrauisch ist, wird es gefährlich. Und je höher die Summen sind, um die es geht, desto dramatischer wird es. Die Summen, mit denen die IKB zockte, waren sehr hoch. Allein über die Rhineland Funding hatte die Bank riskante Spezialpapiere für zuletzt 12,7 Milliarden Euro angekauft. Als deren Refinanzierung austrocknete, war das Schicksal der Bank, deren Eigenkapital sich gerade einmal auf 1,4 Milliarden Euro belief, besiegelt.

Die strafrechtliche Verfolgung solcher Vergehen ist mühsam. Denn um jemanden für derartige Misswirtschaft tatsächlich auch ins Gefängnis zu bringen, muss man ihm nachweisen, dass er vorsätzlich handelte. Das ist nicht einfach, denn die modernen Bankgeschäfte sind hochkomplexe Transaktionen, die die Staatsanwaltschaften an den Rand ihrer Kapazitäten bringen. Bei ihren Recherchen müssen sich die Ermittler durch Unmengen an kompliziertem Beweismittel wühlen. Bei der IKB etwa waren fünf Terabyte an elektronischen Daten sichergestellt worden. Ausgedruckt entspreche das etwa 375 Kilometern an Aktenordnern, rechnete ein Sprecher lakonisch der »Börsenzeitung« vor. Schon allein deshalb wundert es wenig, dass trotz zahlreicher spektakulärer Razzien etwa bei der KfW, der HSH Nordbank, der BayernLB oder der LBBW bislang noch kein weiterer Banker angeklagt wurde. Und selbst wenn alle Dokumente einmal ausgewertet sind, ist die Anklage schwierig. Allerdings bestehen über das Zivilrecht Chancen, die Verursacher der Krise zur Kasse zu bitten, weil dort fahrlässiges Verhalten für eine Verurteilung reicht.

Im Prozess gegen den früheren Chef der IKB, Stefan Ortseifen, ging es um Milliardeninvestitionen in US-Ramschhypotheken. Die IKB hatte die Rhineland Funding außerhalb der Bilanz mit einer Liquiditätslinie von 8,1 Mrd. Euro ausgestattet. Diese hatte selbst nur ein Eigenkapital von 500 Dollar. Die »Liquiditätslinie« musste in der Krise des Hypothekensektors Mitte 2007 in Anspruch genommen werden. IKB-Chef Ortseifen bestätigte nach Ausbruch der Subprime-Krise die Gewinnprognose der IKB und stellte in einer Pressemitteilung allenfalls einstellige Millionenabschreibungen in Aussicht. Eine Woche später stand die Bank vor dem Ruin und musste mit rund zehn Milliarden Euro gerettet werden. Insgesamt kostete die Rettung der immer noch Verluste schreibenden Bank mehr als zehn Milliarden Euro – der Großteil entfiel auf den Bund und damit auf die SteuerzahlerInnen.

Das Landgericht Düsseldorf verhängte gegen den ehemaligen IKB-Chef eine zehnmonatige Bewährungsstrafe und

eine Geldstrafe von 100.000 Euro wegen vorsätzlicher Marktmanipulation. Ortseifen habe am 20. Juli 2007 in einer Pressemitteilung vorsätzlich irreführende Angaben gemacht. Gegen dieses Urteil wird wohl Revision eingelegt.

Der vorliegende Fall ist charakteristisch für die Aufarbeitung der Finanzmarktkrise. Das Landgericht konnte nicht darüber befinden, ob das Engagement in milliarden schwere Risiken einen grundlegenden Vorstoß der Sorgfaltspflichten darstellte. Das Gericht hatte auch nicht zu bewerten, ob die Risikoprüfung der verbrieften Wertpapiere zeitnah und mit der gebotenen Sorgfaltspflicht erfolgte. Es ging letztlich nur um die Täuschung der Anleger und der Öffentlichkeit. Die Bank wurde wider besseres Wissen im Kern gesund dargestellt. Bei Anlegern wie bei Analysten ist dadurch der Eindruck entstanden, dass die Subprime-Krise schadlos an der IKB vorbei gegangen sei.

Auch im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank geht es um den Nachweis der vorsätzlichen Untreue, der Fahrlässigkeit oder der so genannten Marktmanipulation. Bekanntlich wurde die Geschäftssituation der HSH Nordbank noch Mitte 2008 als im Kern gesund dargestellt. Zu der Frage, wie die Informationslage seitens der Hamburger Vermögensverwaltung war, wurden vor der Sommerpause zwei leitende Mitarbeiter Hamburger Behörden, Dr. Jörg Arzt-Mergemeier von der Finanzbehörde sowie Dr. Rainer Klemmt-Nissen von der Hamburger Beteiligungsverwaltung (HGV), als Zeugen gehört.

In beiden Befragungen stand im Mittelpunkt, zu welchem Zeitpunkt sowie in welchem Umfang dem Hamburger Senat das Scheitern des Geschäftsmodells der Bank in Folge der Finanzmarktkrise, die Mitte 2007 ausgebrochen ist, bekannt war. Die von Arzt-Mergemeier sowie Klemmt-Nissen ausgearbeiteten und recherchierten Unterlagen sind Grundlage der Entscheidung gewesen, dass das Land Hamburg im Juli 2008 einer Umwandlung von stillen Einlagen und einer Kapitalerhöhung von insgesamt zwei Milliarden Euro durch die Eigentümer zugestimmt hat. Diese Kapitalerhöhung wurde zum 18. Juli 2008 wirksam.

Bereits Ende Juni 2008 hatte der Vorsitzende des Risikoausschusses, Herr Sinha, die drastische Reduktion des CIP Credit Investment Portfolios, massive cost-cutting-Programme und einen grundlegenden Wechsel des Geschäftsmodells eingefordert. Damit stand für das Land Hamburg als Miteigentümer der HSH Nordbank fest, dass das Finanzinstitut in Folge der von den USA ausgehenden Immobilien- und Hypothekenkrise in schwere Turbulenzen geraten würde.

Dennoch wurde ein Kurswechsel erst Ende September 2008 durch den Vorstand eingeleitet und im Dezember 2008 eine strategische Neuausrichtung der HSH Nordbank beschlossen. Das Geschäftsjahr 2008 war faktisch gelaufen. Der Verlust von drei Milliarden Euro brachte das Finanzinstitut an den Rand der Insolvenz.

In der noch bevorstehenden Zeugenvernehmung des ehemaligen Finanzsenators und Aufsichtsratsmitglieds Michael Freytag muss geklärt werden, ob nicht der angeschlagene Status der HSH Nordbank bei der Umsetzung der Kapitalerhö-

hung längst bekannt war, und warum der Aufsichtsrat keine zügigen Schritte ergriffen hat, um einen Kurswechsel der Geschäftspolitik auf den Weg zu bringen.

Noch im Juli 2008 erklärten der Hamburger Senat und die Landesregierung von Schleswig-Holstein, dass man trotz Abschreibungen in Milliardenhöhe für das Jahr 2007 von einem Gewinnausweis ausgehe. Nachdem der Börsengang wegen der Finanzkrise verschoben worden sei, ziehe man die Kapitalmaßnahmen vor, die mit der Kapitalmarktkrise nichts zu tun hätten, sondern lediglich die Unterkapitalisierung der Bank beseitigen sollen.

Die Parallelität der Entwicklung bei der IKB, anderen Landesbanken und speziell der HSH Nordbank ist offenkundig:

1. Nach Ausbruch der US-Subprime-Krise Mitte 2007 geriet die IKB rasch ins Fahrwasser der Insolvenz. Gleichmaßen konnte wenig später die SachsenLB nur durch umfangreiche Kreditlinien der anderen Großbanken gerettet werden: Obwohl sie noch Mitte August 2007 mitteilte, dass sie über ausreichende Liquidität verfüge, mussten ihr nur sieben Tage später die Sparkassen-Organisationen eine Kreditlinie von 17,3 Mrd. Euro zur Verfügung stellen. Diese Kreditlinie war an die Bedingung geknüpft, dass die Sachsen LB einer Fusion mit der Landesbank Baden-Württemberg zustimmt.

Die Aufsichtsbehörden Bundesbank und BaFin haben vor diesem Hintergrund Sonderprüfungen bei den anderen Großbanken veranlasst, allerdings – so mein Eindruck – die Ergebnisse dieser Prüfungen in dem Zeitraum September 2007 bis April 2008 nicht kritisch verarbeitet.

2. Das Aufsichtsratsmitglied der HSH Nordbank Freytag hat in dem Zeitraum Ende 2007 bis zur Sommerpause 2008 behauptet, das Finanzinstitut sei im Kern gesund. Die Berichte der Sonderprüfungen und die Versuche, zu einer Auslagerung von Risikotransaktionen in Höhe von 17,3 Mrd. Euro zu kommen, sprechen eine andere Sprache. Leider sind dem Untersuchungsausschuss bis heute die Vorstandsprotokolle und die kompletten Unterlagen der Aufsichtsratsitzungen im

fraglichen Zeitraum nicht zugänglich, weil das betriebene Beschlagnahmeverfahren bei den Gerichten noch nicht definitiv entschieden ist. Möglicherweise wäre der anhaltende Streit über die Einschätzung und Bewertung der ökonomischen Situation der HSH Nordbank damit zu klären.

Immerhin ist aufschlussreich, dass im April 2008 in der Hamburg Vermögensverwaltung HGV für die Betreuung der Beteiligungsverwaltung ein Arbeitsplatz eingerichtet und rasch besetzt wurde. Laut Aktenlage lässt sich die These belegen, dass seit dem Juni/Juli 2008 über einen radikalen Kurswechsel in der Anlagepolitik des Finanzinstitutes nachgedacht wurde, was in keinem Fall mehr die Aussage legitimiert, die HSH Nordbank sei im Kern gesund gewesen.

3. Der Hamburger Rechtsanwalt Strate, der die Hamburger Staatsanwaltschaft in mehreren Schriftsätzen mit Hinweisen zur Beweiserhebung unterstützt hat, hat in einem Beitrag für die Süddeutsche Zeitung zu Recht den schwärenden Skandal in Sachen IKB benannt: Ein Zivilgericht (!!) des Oberlandesgerichts Düsseldorf hat bei der Frage der Bestellung eines Sonderprüfers bei der IKB festgehalten, dass der hinreichende Verdacht bestehe, dass Vorstand und Aufsichtsrat ihre gesetzlichen Sorgfalts- und Überwachungspflichten grob verletzt hätten. Die Staatsanwaltschaft ist diesem Verdacht nicht nachgegangen und hat sich auf die eindeutige, aber weniger schwere Verfehlung der Täuschung der Öffentlichkeit und der Marktmanipulation beschränkt.

In Hamburg ist vor diesem Hintergrund noch alles im Fluss. Der Einsetzung eines Sonderprüfers in der HSH Nordbank verweigert sich die schwarz-grüne Koalition. Die HSH Nordbank entzieht sich durch juristische Verfahren der Pflicht, dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss die Akten aus der Vorstandsebene zur Verfügung zu stellen. Die Ergebnisse der Hausdurchsuchungen für die Ermittlungsverfahren gegen die Führungsebenen der HSH Nordbank sind völlig offen.

Attac-Sommerakademie in Hamburg



Die beliebte Attac-Sommerakademie findet diesmal vom 27.7.-1.8. in Hamburg-Bergedorf statt. Es geht um Finanzmärkte, Klimagerechtigkeit, Umverteilung und die multiple Krise. Auch ich beteilige mich an zwei Veranstaltungen:

Freitag, den 30.7. | 17:00 bis 18:30 Uhr

Weltwirtschaftskrise Phase II: Sozialabbau ante portas – von der Finanz- zur Schuldenkrise

Samstag, den 31.7. | 15:00 bis 16:00 Uhr

Wie weiter mit der HSH Nordbank? (gemeinsam mit Ines Westberg und Karl-Heinz Bächstädt)

Infos zum Ort und zum spannenden Gesamtprogramm: www.attac.de/sommerakademie/

Mieten runter bei der SAGA (und anderswo...)

In Sachen Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik ist in Hamburg etwas in Bewegung gekommen. Dafür spricht nicht nur das neu geschaffene Amt des Wohnungsbaukoordinators, die Prüfung von Sozialen Erhaltungsverordnungen gleich für mehrere innerstädtische Quartiere und der facettenreiche öffentliche Diskurs auf Veranstaltungen und in den Medien etc. Diese veränderten Töne und neuen Akzentsetzungen sind nicht zuletzt auf den aus den Stadtteilen heraus zu hörenden Protest und Widerstand – sei es in Form des links-alternativen Netzwerks Recht auf Stadt, verschiedener Bürgerbegehren oder immer neuer Initiativen – zurückzuführen. Die Stadtoberen können nicht mehr so, wie sie wollen!

In den Fokus der Auseinandersetzungen geriet in den vergangenen Monaten zunehmend die SAGA GWG, die am 7. Juli auf einer »Bilanzpressekonferenz« ihren Konzernbericht für das Jahr 2009 vorgelegt hat. Darin wird erstmals ein Rekordwert von 127,4 Mio. Euro Jahresüberschuss verkündet, ein Wert, der vor allem auf erhöhten Mieten und der Privatisierung von öffentlichem Wohnungsbesitz beruht. Ein fragwürdiger Wert also. Alleine der Umstand, dass die SAGA GWG von 1997 bis 2008 die Nettokaltmieten (ohne die gebundenen Sozialwohnungen) um 32,8% erhöht hat, während sie im Hamburger Durchschnitt laut Mietenspiegel »lediglich« um 17,2% angewachsen sind, spricht Bände. Dem Vorstand dieses immerhin öffentlichen Unternehmens geht es heute vor allem

um die Erwirtschaftung von Rendite. Die ist aus Sicht des Vorstand nötig, nicht etwa um die so dringend benötigten neuen (Sozial-)Wohnungen zu bauen, sondern um noch bis 2011 in fünf jährlichen Raten zu jeweils 100 Mio. Euro den Kauf der GWG und die Einbindung in den Gemeinschaftskonzern SAGA GWG »abzuschließen«.

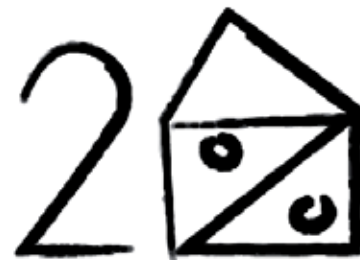
Mit dieser Aussage wird einmal mehr Sand in die Augen der Öffentlichkeit gestreut, denn die SAGA war und ist ein öffentliches Unternehmen, und die GWG war auch ein solches. Es geht um das Auspressen der MieterInnen, um mit den Zusatzeinnahmen das Stadtsäckel zu füllen, aus dem die Verluste der Leuchtturmprojekte wie die zig-Millionen schwere U4-Linie in die HafenCity und die Elbphilharmonie finanziert werden. Mit einer erneuten Kleinen Anfrage will ich den Senat veranlassen, endlich klar darüber zu informieren, was mit dem Überschuss in einem ehemals gemeinnützigen und immer noch öffentlichen Wohnungsunternehmen passiert.

Auf mehreren Versammlungen von SAGA GWG-MieterInnen, mittlerweile auch dezentral u.a. in den Stadtteilen St. Pauli, Eimsbüttel und Wilhelmsburg, hat die AG Mieten und Wohnen im Netzwerk Recht auf Stadt laut und vernehmlich ihre Kritik an der Geschäftspolitik dieses Unternehmens zum Ausdruck gebracht. Und es werden in den kommenden Wochen Unterschriften unter den nachfolgenden Aufruf gesammelt, um dessen Unterzeichnung auch ich werbe.

Unterschriftenliste

Schluss mit Mieterhöhungen bei SAGA GWG!

Für ein soziales städtisches Wohnungsunternehmen



Forderungen:

- Die SAGA GWG muss bezahlbaren Wohnraum sicherstellen.
- Mieterhöhungen von 2009 zurücknehmen und auf weitere verzichten!
- Die (Millionen-)Gewinne der SAGA GWG müssen den MieterInnen und Angestellten zu Gute kommen.
- Alle bei der SAGA GWG Beschäftigten müssen ordentlich und nach Tarifrecht bezahlt werden.
- Verkauf von Wohnungen und Umwandlung in Eigentum sofort stoppen.
- Die SAGA GWG muss in angemessenem Umfang Sozialwohnungen bauen.

Näheres unter: www.rechtaufstadt.net/arbeitsgruppen/mieten

Das Logo der AG Mieten und Wohnen, das zugleich die inzwischen zwei Mal erschienene Zeitung für die SAGA GWG-MieterInnen zielt, bezieht sich auf die großspurige Aussage eines Sprechers dieses Unternehmens vom März 2010. Er behauptete damals frech, dass 98% der SAGA GWG-MieterInnen zufrieden seien. Und hier melden sich nun die anderen 2%...

Ein Vierteljahr im Amt...



Michael Sachs (l.) auf der »1. Eimsbütteler Wohnungsbaukonferenz« (r. HHI-Moderator Schalthoff)

...ist mittlerweile der vom Senat berufene Wohnungsbaukoordinator Michael Sachs. Ich hatte zu seinem Amtsantritt im BürgerInnenbrief vom 26.4.2010 gefragt, ob man nicht damit »Den Bock zum Gärtner gemacht?« habe und darauf hingewiesen, dass Sachs als ehemaliges SAGA-Vorstandsmitglied beträchtliche Möglichkeiten gehabt hätte, das wohnungspolitische Ruder in Hamburg herumzureißen. Ein Vierteljahr sind zwar keine 100 Tage, aber Grund genug, zu überprüfen, was dieser »Kommunikator« und »Mediator« – wie er sich selbst gerne bezeichnet – als Senatsbeauftragter leistet.

Seine Positionen hat er in den letzten Monaten wiederholt skizziert, zum Beispiel mit Ausführungen, die er während der 1. Eimsbütteler Wohnungsbaukonferenz am 23. Juni (a), bei der Auftaktveranstaltung der neuen Reihe »Stadt im Dialog« am 5. Juli (b) sowie in einem Interview im Anfang Juli erschienenen 2. Newsletter der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) mit dem schönen Titel »Hamburg. Deine Perlen. Integrierte Stadtteilentwicklung« (c) dargelegt hat.

»Wir haben eine schreiende Wohnungsnot« (a), mit diesem Paukenschlag eröffnete Sachs seinen Beitrag in Eimsbüttel. Was sonst nur von Mieterverbänden, ExpertInnen und der LINKEN zu hören war, ist jetzt sozusagen amtlich. In verschiede-

nen Varianten hat er weiter ausgeführt, dass mit zuletzt ca. 3.200 im Jahr 2009 fertig gestellten Wohnungen »definitiv zu wenig« (b) entstanden seien. Vor allem sieht er einen Mangel bei preiswerten Wohnungen und schlägt vor, »nicht Allermöhe drei oder vier zu bauen« (c), also auf dem grünen Acker, sondern in den bereits besiedelten Quartieren Nachverdichtungen vorzunehmen. Das bedeutet im Einzelfall, Häuserlücken zu schließen, bestehende Blöcke aufzustocken und statt immer mehr Bürogebäude wie z.B. in der HafenCity lieber Wohnraum zu schaffen. Ob Hamburg allerdings »die deutsche Stadt mit der geringsten Dichte« (b) ist, wage ich zu bezweifeln, aber ich folge im Kern seinem Ansatz, »dort zu bauen, wo schon etwas steht« (a). Zutreffend ist auch der Hinweis, in den innerstädtischen, von Gentrifizierungsphänomenen heimgesuchten Vierteln mit Erhaltungsverordnungen und sozialem Wohnungsbau gegenzuhalten und dadurch die verloren gehende Mischung zu erhalten. Und richtig ist angesichts des aktuellen Wohnungsmangels auch, nicht alle Wohnungen in energetisch sicher sinnvollen, aber auch teuren Passivhäusern zu errichten.

Damit dieses Ansinnen Wirklichkeit wird, müssten allerdings einige Weichen anders gestellt werden. Zunächst

müsste der Neubau von Sozialwohnungen massiver gefördert und vorangebracht werden. Da reichen die von der SAGA GWG Anfang Juli angekündigten 2.000 neu errichteten Wohnungen von 2010 bis 2015 (im Durchschnitt 333 pro Jahr) bei weitem nicht aus. Dann müsste die Stadt bereit sein, ihre verbliebenen Grundstücke in innerstädtischen Lagen nicht länger zum spekulationsfördernden Höchstgebotsverfahren zu verkaufen, sondern nach »Konzeptqualität« zu entscheiden.

Und tatsächlich, in diesem Punkt bewegt sich etwas: Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) hat in erster Umsetzung einer entsprechenden Formulierung im Koalitionsvertrag jüngst in Aussicht gestellt, bei einem größeren Anteil städtischer Grundstücke auf das Höchstgebotsverfahren zu verzichten und mehr auf die inhaltliche Ausrichtung des Projekts zu achten. Dies dürfte auch der SAGA GWG und den Wohnunsgbaugenossenschaften wieder eine erheblich größere Chance eröffnen, in bestimmten, besonders nachgefragten Stadtteilen zu bauen. Konsequenter müsste diese Orientierung aber auch darauf hinauslaufen, dass diese Bauträger gerade in den innenstadtnahen Quartieren vermehrt investieren, auch um an private Baugrundstücke heranzukommen, von denen die zuständigen Bauausschüsse der Bezirke erwarten und fordern, dass dort sozialer Wohnungsbau entsteht.

Davon jedoch ist z.B. der Bezirk Mitte meilenweit entfernt, wenn man sich nur einmal die Entwicklung der Hochhäuser auf dem Steindamm und Beim Strohause anschaut, wo entgegen laut tönenden Ankündigungen zwar reichlich Büro, aber nur marginal Wohnraum gebaut wurde. Und auf dem ehemaligen 1000-Töpfe-Gelände an der Langen Reihe entstehen zwar in den oberen Etagen keine Büros, wohl aber hochpreisige Eigentumswohnungen.

Was also Michael Sachs in Aussicht stellt, entbehrt bisher noch weitgehend einer Grundlage. Manches von dem, was er verlauten lässt, macht allerdings auch skeptisch. So hat er ganz andere Punkte als die oben erwähnten als ausschlaggebende Probleme für die Situation auf dem Wohnungsmarkt angeführt. Das »Hauptdefizit« (c) liege darin, dass vor einem Jahrfünft die Bebauungsplanzuständigkeit auf die Bezirke verlagert worden sei. Und ebenso schwer wiege der »Demokratiekonflikt« (b), nämlich der Umstand, dass sich immer mehr Menschen per gesetzlich installiertem Bürgerentscheid gegen Baupläne wehren würden (wie zuletzt und erfolgreich am Eimsbütteler Isebek-Kanal). Die Crux liege weniger in der verfehlten Wohnungspolitik der vergangenen und der jetzigen Legislaturen, wohl aber in zu viel Bürgerbeteiligung und Bezirkskompetenz. Das aber trifft nun wirklich nicht zu, denn bei so zentralen Vorhaben wie

- der Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße und der Schaffung der Hafenuferpromenade,
- der in den nächsten Jahren anliegenden Bebauung des Altonaer Güterbahngeländes oder
- der Deckelung der Autobahn bei Bahrenfeld und der damit zusammenhängenden drohenden Enteignung der Grundstücke der benachbarten 700 bis 800 KleingärtnerInnen am Holstenkamp (gegen die sich ein absehbar erfolgreiches Bürgerbegehren richtete)

haben gerade nicht die Bezirke entschieden. Vielmehr war und ist es der Senat, der sich teilweise mit Brachialgewalt gegen die berechtigten Einwände der BürgerInnen durchsetzt und entweder evoziert (wie im Falle Wilhelmsburgs oder der A7-Deckelung) oder ein riesiges Terrain zum so genannten Vorbehaltsgebiet machen will (wie beim Altonaer Bahngelände, das dem Bezirk Altona jegliche Planungskompetenz entzieht).

Gar zynisch kommt der Versuch von Michael Sachs daher, die Gentrifizierungsgegner zu diskreditieren. Er selbst, führt er gerne aus, sei vor 35 Jahren nach Ottensen gezogen. Am »Anfang mochte noch keiner da wohnen. Alle, die später dahin gezogen sind, haben nach drei oder vier Jahren über Gentrifizierung geredet, sind aber selbst Teil des Prozesses gewesen« (c). Die hinzuziehenden Menschen, vor allem die Studierenden und KünstlerInnen, die »Szene« eben, seien eigentlich selbst Schuld an der Aufwertung und Verdrängung. Das ist eine Verdrehung der realen Prozesse, denn in Ottensen, St. Pauli, St. Georg und in der Sternschanze waren es die Bezirke und der Senat, die alles dafür getan haben, die Schickeria anzuziehen, das Viertel für die Touristen aufzupeppen (von Hotelburgen bis zur »Neuen Flora«) und bis lange nach Toresschluss die geforderten Sozialen Erhaltungssatzungen zu verhindern.

Dass zumindest beim letzten Punkt ein Umdenken beim Senat und auch der SPD eingesetzt hat, ist zu begrüßen, kommt aber für die genannten, massiv »aufgewerteten« Stadtteile mindestens zehn bis 15 Jahre zu spät.

Hinzu kommt, dass nicht einige zutreffende Aussagen der Maßstab sein können, mit dem der Wohnungsbaukoordinator und mit ihm der amtierende Senat und seine Wohnungspolitik bewertet werden müssen, sondern die praktischen Veränderungen. Und da gibt es noch immer zu viele Baustellen:

- Der überfällige Neubau von (Sozial-) Wohnungen – im Moment werden jährlich nur gut 3.000 errichtet, nötig sind aber mindestens doppelt so viele!
- 30.000 bis 40.000 zweckentfremdete Wohnungen – ein Problem, das in dieser Stadt noch völlig unbearbeitet scheint!
- Eine unbekannte Zahl an teilweise seit Jahren leer stehenden Wohnungen – ebenfalls ein Phänomen, das die Behörden bisher nur ganz am Rande interessiert!
- Die zunehmende Verdrängung von geringer verdienenden Schichten, Familien, SeniorInnen, MigrantInnen und anderen benachteiligten Gruppen aus den innerstädtischen Quartieren an die Peripherie der Stadt (Gentrifizierung) – mit dem Ergebnis der Segregation der Bevölkerungsgruppen vor allem nach Einkommensklassen!
- Beträchtliche Mietpreiserhöhungen vor allem in den bisher noch durchmischten »Szenevierteln« und – ganz vorne weg – ausgerechnet durch das städtische Wohnungsunternehmen SAGA GWG!

An der Veränderung dieser Verhältnisse werden die Arbeit des Wohnungsbaukoordinators und der Wohnungspolitik insgesamt zu beurteilen sein. Schöne Worte nach einem Vierteljahr reichen nicht aus.

Jetzt laufen sie doch nicht...

Außer Fragen nichts gewesen?

Eine zentrale Rolle der Opposition im parlamentarischen Betrieb der Hamburgischen Bürgerschaft sehe ich in der Schaffung von Transparenz und Aufklärung über Details der Senatspolitik und der Verwaltungen, auch um ggf. Protest und Widerstand gegen unsoziale und undemokratische Maßnahmen zu bestärken.

Eine Möglichkeit, an Daten oder auch zu Einschätzungen zu kommen, sind die Anfragen an den Senat. Kleine Anfragen müssen von diesem innerhalb einer Woche beantwortet werden. Für die Beantwortung von Großen, von der gesamten Fraktion getragenen, Anfragen wird eine Bearbeitungszeit von vier Wochen eingeräumt, sie können als Tagesordnungspunkt in die Bürgerschaftsdebatte eingebracht werden. So ist es beispielsweise mit der Großen Anfrage der Linksfraktion zur »Gentrification« im Dezember vergangenen Jahres geschehen; die sich daran anschließende Debatte hat alle Bürgerschaftsfraktionen dazu gebracht, sich im Kampf gegen anhaltende Verdrängungsphänomene förmlich zu überschlagen.

Seit Beginn der 19. Legislaturperiode Anfang 2008 sind nahezu 7.000 Anfragen eingebracht worden, sie können samt der Senatsantworten in der Parlamentsdokumentation im Internet nachgelesen werden (www.buergerschaft-hh.de/parldok/).

Um deutlich zu machen, welche Möglichkeiten (und Grenzen) in diesem parlamentarischen Instrument liegen, führe ich hier einige Anfragen auf, die ich dank der tatkräftigen Unterstützung meines Teams an die Landesregierung stellen konnte:

■ Drucksache 19/6593 vom 6.7.2010: »Gedenken an Deserteure im Zweiten Weltkrieg«. Anlass war das Abnehmen eines Transparents vom Kriegerdenkmal auf dem Ohlsdorfer Friedhof durch die Verwaltung bei gleichzeitiger In-Rechnung-Stellung dieses willkürlichen Aktes. Ich habe die Gelegenheit genutzt, nach dem Gedenken an diese weithin »vergessene« Opfergruppe des NS-Regimes zu fragen. Die Angaben zu den Hamburger Deserteuren sind vergleichs-

weise dünn ausgefallen, die Friedhofsverwaltung musste das In-Rechnung-Stellen der Transparentabnahme »inzwischen stornieren«.

■ Drucksache 19/6637 vom 9.7.2010: »Leerstand von Wohnraum in Hamburg (II)«. Wenige Wochen zuvor hatte ich schon einmal eine Anfrage zu diesem wichtigen Thema gestellt und mich über die ausweichenden Antworten des Senats geärgert. Unter anderem fragte ich nun nach einem konkreten Wohngebäude in St. Georg, das stadtteilbekannt schon seit längerem leersteht. Der Senat antwortete, dass dem zuständigen Bezirksamt Hamburg-Mitte ein solcher Leerstand »bislang nicht bekannt« gewesen sei. Eine kritikwürdige Antwort, war das entsprechende Objekt doch mehrmals Thema auf einer Sitzung des örtlichen Stadtteilbeirats. Immerhin, durch die Anfrage angeregt, würden »nunmehr Ermittlungen nach dem Hamburgischen Wohnraumschutzgesetz« in Gang gesetzt werden.

■ Drucksache 19/6681 vom 13.7.2010: »Personelle Konsequenzen aus dem Aufstellungsbeschluss für eine Soziale Erhaltungsverordnung«. Anlass war die Verkündung eines Aufstellungsbeschlusses für große Teile St. Georgs, wonach nunmehr eine Soziale Erhaltungsverordnung geprüft wird. Mit dem Aufstellungsbeschluss ist verbunden, dass seit dem 22. Juni beim Bezirksamt Mitte eingehende Anträge auf Abriss, bauliche und Nutzungsänderung sowie Umwandlung für maximal ein Jahr zurückgestellt werden können. Mich interessierte, wie viel zusätzliche Kapazi-

täten bereit gestellt werden, um diese nicht ganz unwichtigen Prüfungen vorzunehmen. Geantwortet wurde mir, dafür sei kein zusätzliches Personal vorgesehen (im früheren Sozialen Erhaltungsgebiet Barmbek-Süd/Uhlenhorst von 1998 bis 2003 wurde zumindest eine halbe Stelle dafür geschaffen, in Eimsbüttel im gleichen Zeitraum sogar eine ganze). Ohne Prüfung und Arbeitskapazität kann man sich die positive Wirkung des Aufstellungsbeschlusses faktisch abschminken! Immerhin, die nach dem 22. Juni im Bau-

**BÜRGERSCHAFT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG**

19. Wahlperiode Drucksache **19/6593**
06.07.10

Schriftliche Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Joachim Bischoff (DIE LINKE) vom 28.06.10
und **Antwort des Senats**

Betr.: Gedenken an Deserteure im Zweiten Weltkrieg

In den vergangenen Jahren ist eine Opfergruppe des nationalsozialistischen Terrors stärker ins Augenmerk gerückt worden: die Deserteure, die sich dem aggressiven Eroberungskrieg der Wehrmacht durch eine „Fahnenflucht“ entzogen haben.

Man geht heute davon aus, dass im Zweiten Weltkrieg rund 350.000 bis 400.000 deutsche Soldaten (von insgesamt 18,2 Millionen) desertiert sind; gegen etwa 30.000 verhängte die NS-Militärjustiz die Todesstrafe, die in circa 23.000 Fällen auch vollstreckt wurde. Die Forschung über diese doch recht erhebliche Opfergruppe steckt allerdings noch in den Anfängen, in Hamburg haben sich erst wenige Zusammenhänge ergeben beziehungsweise Personen näher mit dem Thema befasst.

Die jüngste Aktion wurde von der Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e.V. (Fuhsbüttel) organisiert. Am 5. Juni 2010 brachte sie im Beisein einer interessierten Öffentlichkeit ein Transparent am „Gefallenendenkmal“ auf dem Ohlsdorfer Friedhof an, um auf die hier bestatteten sogenannten Fahnenflüchtigen und Wehrkraftzersetzer aufmerksam zu machen. Diese „Deserteursaktion“ wurde von der Bezirksversammlung Hamburg-Nord unterstützt und sogar vollständig finanziert. Doch die Friedhofsverwaltung, die gebeten worden war, das Transparent aufgrund der Medienresonanz einige Tage länger hängen zu lassen, sah sich ermächtigt, dieses ohne Vorankündigung und Rückkoppelung am 22. Juni 2010 selbstherrlich abzuhängen und einzukassieren. Dieser mehr als fragwürdige Akt wurde der Geschichtswerkstatt nun auch noch in Höhe von 223,72 Euro in Rechnung gestellt.

Vor diesem Hintergrund frage ich:

1. Von wie vielen aus Hamburg stammenden Deserteuren im Zweiten Weltkrieg gehen die einschlägigen Forschungseinrichtungen der Freien und Hansestadt Hamburg aus?
2. Gegen wie viele von ihnen wurden Todes- oder gegebenenfalls auch andere Strafen verhängt?
3. In wie vielen Fällen wurde die Todesstrafe vollstreckt?

Da der Großteil der Verfahrensakten der Feldgerichte nicht erhalten geblieben ist und es weder bundesweit noch in Hamburg ein zentrales Namensregister der Deserteure gibt (wobei neben jenen, die wehrmachtgerichtlich abgeurteilt wurden, auch jene zu berücksichtigen wären, denen – insbesondere in der Endphase des Krieges – die Desertion gelang), sieht sich weder die Forschungsstelle für Zeitgeschichte noch die

ausschuss zum Durchwinken vorgelegten Abgeschlossenheitsanträge für 45 Wohnungen in St. Georg (die Bescheinigung ist die formale Voraussetzung für die Umwandlung in eine Eigentumswohnung) wurden aus rechtlichen Bedenken doch zunächst einmal vertagt...

- Drucksache 16/6704 vom 16.7.2010: »Streichung der Zuschussung von Familienkarten zur Haushaltskonsolidierung«. Die weitgehend unbemerkte Ankündigung, zum Jahreswechsel 2010/2011 die Familienpass-Vergünstigungen zu streichen, wird für viele Familienmitglieder zu deutlich erhöhten HVV-Kosten führen. Mit der Anfrage wollte ich insbesondere erfahren, wie viele Menschen davon etwa betroffen sein werden.
- Drucksache 19/6717 vom 9.7.2010: »Die Handelskammer - Hamburgs »Nebenregierung« ohne Mandat?«. Ausgehend von einem jüngst gefällten Urteil des Bundesgerichtshofes, wonach die Industrie- und Handelskammern nur ein eingeschränktes politisches Mandat haben, wollte ich wissen, ob und in welchen Zusammenhängen die Handelskammer Hamburg dagegen verstoßen hat. Die Senatsantwort fällt völlig unbefriedigend aus und bietet kaum Ansatzpunkte, der hamburgischen Nebenregierung Grenzen aufzuzeigen. Da muss noch einmal nachgehakt werden...
- Kleine Anfrage vom 12.7.2010 (diese und die drei folgenden Anfragen sind noch nicht beantwortet): Anliegen ist die Zukunft des Geländes und der Umgebung der Horner Rennbahn. Mit der Aufgabe des Planes, für gut 30 Mio. Euro die Pferderennbahn zu einer Kombibahn für Traber und Galopper auszubauen, stellt sich die Frage, was nun mit den anderen Versprechungen der Bezirks- und SenatspolitikerInnen geschehen soll. Was wird mit dem seit zehn Jahren eingeforderten Stadtteilhaus? Was wird mit der Herrichtung des Geländes als besser ausgestatteter und

gepflegter Freizeitpark? Und wie geht es mit dem Spielhaus und den Verkehrsplanungen weiter? DIE LINKE war als einzige Partei immer gegen die Kombibahn, hat sich aber für das Stadtteilhaus, den Park, das Spielhaus und eine bessere Verkehrsführung etc. eingesetzt. Nun gilt es zu verhindern, dass gleich alles den Bach abgeht, und da müssen erst einmal Informationen her.

- Kleine Anfrage vom 13.7.2010: »Grundstück Wandsbeker Allee 53, 55, 55a (IV)«. Hier versuche ich, etwas zum sich seit Jahren hinziehenden Verkauf des ehemaligen Bürgerhauses Wandsbek zu erfahren. In dieser Zeit hätten gut und gerne ein paar Hundert Veranstaltungen am alten Orte stattfinden können...
- Kleine Anfrage vom 14.7.2010: »Der Konzern-Geschäftsbericht 2009 der SAGA GWG und ihr aktuelles Wohnungsbauprogramm« (siehe auch den Artikel auf S. 6 dieses BürgerInnenbriefs). Eine Intention: Der Senat soll sich endlich einmal dazu bekennen, dass noch bis 2011 jährlich 100 Mio. Euro von diesem öffentlichen Wohnungsunternehmen an die Stadt abgeführt werden, die eigentlich für Wohnungsneubau und billigere Mieten vonnöten wären.
- Kleine Anfrage vom 15.7.2010: »Die Fußball-Fanfeste 2006 bis 2010«. Hier möchte ich nach Abschluss des diesjährigen Fanfestes auf dem Heiligengeistfeld wissen, was dies die Stadt eigentlich gekostet und welche Privaten davon einen einträchtigen Vorteil hatten. Es gibt da die interessantesten Vermutungen.

All diese Anfragen stehen in Bezug zu den aktuellen politischen Auseinandersetzungen überwiegend auf Hamburger Ebene, zum Teil auch auf Ebene des Wahlkreises. Ich hoffe, dass die beim Senat abgefragten Daten und Bewertungen den örtlichen Initiativen für ihre Arbeit vor Ort nutzen.

Kulturtipp: Ohlsdorfer Friedensfest

»Vom 24. Juli bis zum 8. August finden zahlreiche kulturelle Veranstaltungen an den Sammelgräbern der Bombenopfer auf dem Friedhof Ohlsdorf statt, um der Opfer des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus zu gedenken. Der Hamburger Feuersturm im Juli und August 1943 hat zahlreiche Opfer unter den Hamburgerinnen und Hamburgern verursacht, viele Überlebende traumatisiert und tiefe Spuren im Stadtbild hinterlassen. Diese Katastrophe war kein Naturereignis, sondern ein Ergebnis der nationalsozialistischen Herrschaft. Die Opfer des Bombenkrieges dürfen nicht dazu missbraucht werden, die Ursachen des Zweiten Weltkrieges umzudeuten und die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren. Neonazis haben dies in der Vergangenheit durch Kundgebungen auf dem Friedhof immer wieder versucht. Mit dem Ohlsdorfer Friedensfest treten wir auch diesen Versuchen entgegen.«



Mit diesem Aufruf lädt das »Bündnis Ohlsdorfer Friedensfest« (Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Landesverband Hamburg; Hamburger Friedhöfe AöR;

Psychosoziale Arbeit mit Verfolgten e.V.; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes e.V./Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten; Hamburger Bündnis gegen Rechts; Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus; Willi-Bredel-Gesellschaft (Geschichtswerkstatt e.V.) zu zahlreichen Veranstaltungen ein (Musik, Theaterperformance, Filme, Lesungen und vieles andere mehr). Sie beginnen alle an den Sammelgräbern der Bombenopfer auf dem Ohlsdorfer Friedhof, Mittelallee.

Das komplette Programm gibt es unter [http://www.friedhof-hamburg.de/service/fuehrungen/einzel-ansicht/article/ohlsdorfer-friedensfest.html?tx_ttnews\[backPid\]=67&cHash=e0fcc174ab](http://www.friedhof-hamburg.de/service/fuehrungen/einzel-ansicht/article/ohlsdorfer-friedensfest.html?tx_ttnews[backPid]=67&cHash=e0fcc174ab).

Kultur Tipp: Rauf aufs Rad!



Rote Stadträder zum Ausleihen

Seit einigen Tagen sind in Hamburg Schulferien. Nicht wenige Menschen, vor allem solche, die mit einem geringen Einkommen auskommen müssen, sind auf Angebote angewiesen, die ihnen und ihren Kindern ermöglichen, unbekannte Ecken und Seiten unserer Stadt zu entdecken.

Eine Möglichkeit bietet das Freizeitprogramm des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC), der für die nächsten Wochen für seine geführten Radtouren eigens einen günstigen Sommertarif anbietet. Mit dem Hamburger Ferienpass (er kann unter www.ferienpass-hamburg.de heruntergeladen werden) kosten die Radausflüge in und rund um Hamburg lediglich 1 Euro pro Kind oder 1,50 Euro für die ganze Familie.

Die Radtouren fallen unterschiedlich lang aus. Viel Abwechslung für Grundschulkinder bietet z.B. eine 26 km lange Fahrt von Langenhorn über den Künstlerspielplatz Kreienstieg bis zum Eisessen nach Duvenstedt. Abfahrt ist am **18. August um 11.30 Uhr** an der U-Bahn-Haltestelle Langenhorn Markt zur Liftseite hin. Naturbegeisterte und etwas ältere Kinder können an einer 40km-Tour am **7. August** teilnehmen

und das Wittmoor im Hamburger Nordwesten erkunden. Start ist um **14 Uhr** an der U-Bahn-Haltestelle Habichtstraße.

Die Teilnahme ist ganz einfach: Man kommt rechtzeitig zum Ausgangspunkt. Dort steht die jeweilige ADFC-Tourenleitung bereit, erkennbar an der Signalweste. Kinder unter 14 Jahren können nur in Begleitung Erwachsener mitfahren. Für Fahrten mit dem Mountainbike benötigen Kids ab 14 Jahren eine Einverständniserklärung der Eltern. ADFC-Mitglieder, Kinder mit Ferienpass und ihre Familien sowie AOK-Versicherte zahlen pro Tour 1 Euro bzw. 1,50 Euro (Familie), alle anderen TeilnehmerInnen müssen 5/7,50 Euro bezahlen.

Das vollständige Tourenprogramm des ADFC gibt es im Internet (www.hamburg.adfc.de), in der ADFC-Geschäftsstelle (Koppel 34-36), in den Hamburger Bücherhallen sowie in vielen Fahrradläden.

Und wer kein eigenes Fahrrad hat, kann sich ein rotes Stadtrad leihen, eines der wenigen, wirklich positiven Projekte der für den Verkehr zuständigen Stadtentwicklungsbehörde.

Ich wünsche allen LeserInnen dieses BürgerInnenbriefes einen guten Sommer, erholsame Ferien, schöne Erlebnisse und vor allem gutes Wetter (was das heißt, muss jeder für sich entscheiden)!

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**